

7 Schlussfolgerungen

Georg Winkel, Lars Borrass, Carolin Maier, Peter Meyer, Annekatri Petereit, Eckard Rehbinder, Hermann Spellmann

Naturschutz im Landeswald erfordert immer einen gesellschaftlichen und politischen Abwägungsprozess: Welche Waldfunktion, welche Ökosystemleistung soll primär auf welcher Fläche bedient werden? Wie ist der Abwägungsprozess zwischen Naturschutzzielen und anderen Waldfunktionen auszugestalten? Gerade für die öffentlichen Forstbetriebe und Verwaltungen gilt dabei, dass sie bei Bewirtschaftungs- und Schutzmaßnahmen in letzter Instanz der Bevölkerung und ihrer politischen Repräsentanten verantwortlich sind. Letztere müssen somit auch die politischen Rahmenbedingungen für den Naturschutz im Landeswald vorgeben und Entscheidungen dazu treffen, wie weitgehend Naturschutzziele in Abwägung mit anderen Zielen der Waldbewirtschaftung umgesetzt werden sollen.

Ungeachtet dieses gesellschaftlich-politischen Abwägungsprozesses werden im Folgenden einige Kernergebnisse des Vorhabens identifiziert, daraus Schlussfolgerungen gezogen und, soweit möglich, Handlungsempfehlungen für die Politik und die forst- und naturschutzfachliche Praxis abgeleitet. Die folgenden Ausführungen gehen dabei über die rein wissenschaftliche Analyse hinaus, wenngleich sie daraus abgeleitet werden. Sie verstehen sich als Impulse für die forst- und naturschutzpolitische Debatte, wie auch für die Forst- und Naturschutzpraxis.

Tab. 14: Wichtige Ergebnisse des FÜE-Vorhabens „Naturschutz im Landeswald“ und Empfehlungen für Politik und Praxis (vgl. Winkel et al., 2017b)

Ergebnis/Herausforderung	Empfehlung für Politik und forstliche Praxis
<p>Es existiert eine Vielfalt von Konzepten mit Relevanz für den Naturschutz im Wald; v.a. ältere Konzepte sind dabei z. T. nicht (mehr) ausreichend bekannt bzw. von z. T. unklarer praktischer Bedeutung.</p>	<p>Aufräumen: Vorhandene Konzepte sollten systematisiert und zusammengeführt werden. Die Funktion sowie das Zusammenspiel der Konzepte sollte geklärt werden. Die Schaffung innerer und äußerer Transparenz zu den bestehenden Konzepten (Verfügbarkeit z.B. über das Internet) ist wichtig.</p>
<p>Bei den Naturschutzzielen dominieren Arten- und Habitatschutz (Biodiversität). Aspekte der Landschaft und Erholung sind nachrangig. Nach Auffassung der befragten RevierleiterInnen kommt diesen Aspekten in der Bevölkerung jedoch die größte Bedeutung zu. Hier entstehen auch die meisten Konflikte bei der Bewirtschaftung der Wälder.</p>	<p>Thema Landschaft/Erholung wiederentdecken: Die Entwicklung und Aufnahme entsprechender Ziele und Maßnahmen sollte als Teil des Waldnaturschutzes wieder stärker verfolgt werden. Alle Ziele und Maßnahmen sollten durch geeignete Indikatoren operationalisiert werden.</p>
<p>Naturschutzbezogene Monitoringverfahren sind nach innen und außen nicht transparent bzw. oftmals nicht vorhanden. Die vorhandenen Monitoringsysteme sind nur teilweise mit den Naturschutzkonzepten gekoppelt.</p>	<p>Transparentes Monitoringsystem schaffen: Ein effektives Monitoringsystem zum Themenkomplex Naturschutz im Wald sollte entwickelt und umgesetzt werden. Die Ergebnisse sollten zur Demonstration eigener Leistungen nach außen und als Lernsystem für den Betrieb nach innen aufbereitet werden.</p>

<p>Der Naturschutz-Informationsgehalt betrieblicher Leistungsberichte ist aktuell geringer als vor 10-15 Jahren.</p> <p>Für die formulierten Ziele und Maßnahmen werden nur in einem geringen Umfang Ergebnisse veröffentlicht.</p>	<p>Leistungen faktenbasiert nach außen zeigen: Effektive Kommunikation mit Stakeholdern und der Bevölkerung kommt hohe Bedeutung zu. Dabei sollte gelten, dass „Hochglanz“ Fakten und Trends nicht ersetzen kann, um Transparenz für die Bürger/Stakeholder und somit Glaubwürdigkeit zu erreichen.</p>
<p>Naturschutzkonzepte werden durch die Forstbetriebe und Verwaltung oftmals reaktiv (in Reaktion auf Einflüsse von außerhalb der Betriebe und Verwaltungen, z.B. Gerichtsurteile oder aber Regierungswechsel) erstellt oder modifiziert.</p>	<p>Naturschutz als zentrale Leistung pro-aktiv anbieten: Öffentliche Forstbetriebe erbringen im Rahmen ihrer Konzepte erhebliche Leistungen für den Naturschutz. Diese Leistungen sollten als eine Kernaufgabe verstanden und weiterentwickelt werden. Eine pro-aktive und transparente Angebotsstrategie kann die Betriebe im gesellschaftlichen und politischen Kontext stärken und die Motivation des eigenen Personals erhalten bzw. erhöhen.</p>
<p>Die Gemeinwohlverpflichtung des Staatswaldes ist eine wesentliche Rahmenbedingung für die Bewirtschaftung der Wälder dieser Eigentumsform. Aus der Analyse der landesrechtlichen Regelungen lässt sich ein erheblicher rechtlicher Harmonisierungs- und Klärungsbedarf ableiten.</p>	<p>Gemeinwohlverpflichtung ggf. auf Bundesebene regeln: Die exakte inhaltliche Ausfüllung des Gemeinwohlbegriffs auf der rechtlichen Ebene erscheint wenig zielführend. Allerdings könnte auf Bundesebene eine Präzisierung von Grundsätzen zur Gemeinwohlermittlung des Staatswaldes im BWaldG erfolgen, die einen Rahmen dafür setzt, wie die Gemeinwohlverpflichtung durch das Landesrecht und in der Praxis umgesetzt werden soll. Dies würde auch Naturschutzaspekte betreffen.</p>
<p>Die überwiegende Zahl der befragten RevierleiterInnen zeigte eine hohe Motivation, Naturschutz im Wald umzusetzen. Zugleich ist das diesbezügliche Fachwissen recht heterogen.</p>	<p>Personal nutzen: Die Motivation der RevierleiterInnen, Naturschutz in ihr betriebliches Handeln zu integrieren, und das diesbezügliche Wissen sind die wesentliche Basis für eine erfolgreiche Umsetzung von Naturschutz im Wald. Die vorhandene Motivation sollte durch klare Ziele gelenkt werden und auch innerbetrieblich Wertschätzung erfahren. Die Naturschutzkenntnisse der RevierleiterInnen sollten regelmäßig durch Aus- und Fortbildung erhalten und verbessert werden.</p>
<p>Zeitmangel und Zielkonflikte werden von den befragten RevierleiterInnen als begrenzende Faktoren für die Umsetzbarkeit von Naturschutzmaßnahmen genannt.</p>	<p>Zielkonflikte klären & Rahmenbedingungen anpassen: Wesensmerkmal des integrativen Waldnaturschutzes ist seine Umsetzung im Kontext des normalen betrieblichen Handelns und unter Abwägung einer Vielzahl miteinander konkurrierender Ziele. Zielkonflikte sind somit unvermeidbar. Sie sollten transparent analysiert und durch tragfähige Kompromisse auch nach außen nachvollziehbar entschärft werden. So lassen sich Handlungsspielräume erhalten, vorrangige Naturschutzziele umsetzen und der Gesamtnutzen erhöhen. Ein solches Vorgehen schließt auch segregative Elemente im Wald nicht aus. Mögliche Synergien unterschiedlicher Maßnahmen sollten</p>

	optimal genutzt werden.
RevierleiterInnen berichten vermehrt von Konflikten mit der lokalen Bevölkerung im Rahmen der Waldwirtschaft, vor allem auch in urbanen Räumen.	Schnittstelle Betrieb/Bevölkerung neu justieren: Die Kommunikation mit der lokalen Bevölkerung im öffentlichen Wald sollte als wesentliche Möglichkeit genutzt werden, Verständnis für betriebliches Handeln zu erreichen und Belange der Bürger mit in die Bewirtschaftung zu integrieren. Die Bürger sollten über wichtige Maßnahmen informiert und ggf. in die Entscheidungsfindung mit einbezogen werden (Partizipation). Integrativen Naturschutzmaßnahmen und –konzepten kann dabei wesentliche Bedeutung zukommen. Eine vorausschauende Steuerung der Waldnutzung in Zeit und Raum kann gerade in urbanen Räumen helfen, integrative Waldbaukonzepte besser umzusetzen.
Naturschutzaufgaben und Dokumentationsaufwand steigen und werden von RevierleiterInnen als Belastung empfunden.	Zielorientiert steuern: Die naturschutzfachliche Steuerung sollte über klare Ziele und situationsangepasste Maßnahmen erfolgen. Die Dokumentationspflicht ließe sich durch ein aussagekräftiges und effektives Monitoring deutlich reduzieren. Gleichzeitig ermöglicht es, den Grad der Zielerreichung nach Innen und Außen transparent zu machen.
RevierleiterInnen berichten über unterschiedliche gesellschaftliche Anforderungen an die Waldwirtschaft im urbanen und ländlichen Raum. Die Umsetzbarkeit integrativer Waldbewirtschaftung und von Naturschutzmaßnahmen unterscheiden sich signifikant zwischen städtischen und ländlichen Räumen.	Multifunktionalität lokal/regional differenzieren: Die Planung und Umsetzung multifunktionaler Forstwirtschaft sollte nach regionalen Gesichtspunkten differenziert erfolgen, um die betrieblichen Naturschutzziele zu erreichen

Auf Basis der obigen Tabelle werden nachfolgend die Ergebnisse und Handlungsempfehlungen des FuE-Vorhabens pointiert zu sechs Schlussfolgerungen zusammengefasst. Diese verstehen sich als Anstoß für die politische und praktische Weiterentwicklung des Themenfeldes (integrativer) Naturschutz im Landeswald.

Schlussfolgerung 1: Das Forstpersonal ist die zentrale Ressource für eine erfolgreiche Umsetzung von Naturschutzziele im Rahmen der multifunktionalen Waldwirtschaft.

Eines der zentralen Ergebnisse des FuE-Vorhabens ist die große Motivation der befragten RevierleiterInnen im Landeswald, Naturschutz zu verwirklichen (vgl. auch Maier und Winkel, 2017). So geben z.B. knapp die Hälfte aller schriftlich befragten RevierleiterInnen an, dem Naturschutz persönlich verbunden zu sein und Naturschutzziele im Revier umzusetzen, weil sie für sie persönlich wichtig sind. Weitere 40% sehen die multifunktionale Waldwirtschaft als wichtigen Beitrag zum Naturschutz und umgekehrt (vgl. Abbildung 39). Auch die Ergebnisse der persönlichen Interviews weisen in eine ähnliche Richtung. Die persönliche Einstellung zum Naturschutz und die Überzeugungen von der Effektivität von Maßnahmen werden von den befragten Forstpraktikern als die beiden entscheidenden

Unterstützungsfaktoren zum Erreichen der angestrebten Waldnaturschutzziele gesehen (Abbildung 48). Zugleich gibt es ein großes Bedürfnis an aktuellen und besseren Informationen zu Naturschutzfragen im Wald. Insbesondere die Interviewergebnisse weisen z. T. auf recht vage Vorstellungen zu dem Ineinandergreifen verschiedener Waldnaturschutzziele und –maßnahmen hin.

Die Motivation des praktisch handelnden Forstpersonals im Landeswald, aber auch das entsprechende Fachwissen, sind die Basis für eine erfolgreiche Umsetzung von Naturschutzmaßnahmen im Wald. Beides, Motivation und Kenntnisse, gilt es aktiv zu nutzen und durch Anerkennung, Fortbildung und Gewährung von Handlungsspielräumen zu fördern und weiterzuentwickeln. Geeignete Maßnahmen sind hierzu z.B.:

- Die Entwicklung und Umsetzung eines breit angelegten und auf die Bedürfnisse der Forstpraktiker zugeschnittenen Aus- und Fortbildungsprogramms zum Waldnaturschutz auf der Basis einer regelmäßig zu aktualisierenden Bedarfsanalyse.
- Die Etablierung von Netzwerken zum aktiven Erfahrungsaustausch bezüglich der Umsetzung von Naturschutzmaßnahmen, um gegenseitiges, praxisbezogenes Lernen zu ermöglichen.
- Die Schaffung von Funktionsstellen zum Waldnaturschutz, deren Stelleninhaber im engen Kontakt mit den umsetzenden forstlichen „Generalisten“ stehen und den gegenseitigen Erfahrungsaustausch fördern.
- Eine stärkere Einbeziehung von Naturschutzleistungen in die bestehenden betrieblichen Anerkennungs-, Bewertungs- und Anreizsysteme.

Das Projekt hat sich auf die Planungsebene (Verwaltungs- und Betriebsspitzen) und die Umsetzungsebene (Revierleiter) fokussiert. Es erscheint jedoch wichtig, dass die geschilderten Maßnahmen in geeigneter Weise für alle Teile der Waldwirtschaftskette zum Einsatz kommen. Dabei sollten auf der Umsetzungsebene insbesondere auch die Forstwirte und Forstunternehmer stärker in das Arbeitsfeld Waldnaturschutz einbezogen werden, um den laufenden Veränderungen in der Arbeitsorganisation Rechnung zu tragen (Lawrence et al., 2017).

Schlussfolgerung 2: Der Naturschutz im Landeswald sollte über operationale Ziele und effektives Monitoring gesteuert werden.

Im Laufe der Zeit hat sich in den Landeswäldern ein oft komplexes System waldnaturschutzfachlicher Zielsetzungen und Maßnahmen entwickelt (s.a. Petereit et al., 2017). Es besteht eine große Vielfalt an regelnden Dokumenten in den einzelnen Betrieben, die sich hinsichtlich ihrer Relevanz/Verbindlichkeit und Aktualität nicht immer ohne weiteres systematisieren lassen. Diese Vielfalt zeigt einerseits, dass sich die Forstbetriebe aktuellen Anforderungen stellen, andererseits bestehen Defizite in der Archivierung von Dokumenten und dem Kenntnisstand, ob bestimmte Bereiche überhaupt geregelt sind bzw. die Betriebsanweisungen noch Gültigkeit haben. So ließen sich teilweise die Grundlagen (Anweisungen, Erlasse etc.) für betriebliches Handeln nicht oder nur mit hohem Aufwand recherchieren. Dies gilt insbesondere für Dokumente, die älter als etwa 10 Jahre sind. Die damit einhergehende Intransparenz wirkt sich nicht nur auf die Wahrnehmung externer Beobachter ungünstig aus, sondern beeinträchtigt auch die innerbetrieblichen Prozesse, zumal die Komplexität bei der Bewirtschaftung des Waldes ohnehin in den letzten Jahren gestiegen ist.

Für Maßnahmen der ordnungsgemäßen Waldbewirtschaftung (Zielstärkennutzung, Bestandeserschließung etc.) und für Prozessschutzflächen (Verkehrssicherung, Bejagung) finden sich in den vorhandenen Konzepten bereits explizit quantitative Vorgaben (Kap. 4.2). Weitgehend fehlen jedoch konkrete Zielgröße bzw. geeignete Indikatoren für den Waldnaturschutz. Dies liegt auch daran, dass die Naturschutzziele oft relativ vage formuliert sind und zudem oft nicht Gegenstand der betrieblichen Monitoringkonzepte sind. Dies erschwert es den Forstpraktikern, den gestiegenen Dokumentationspflichten für Waldnaturschutzmaßnahmen nachzukommen. Zudem zeigen die sozialwissenschaftlichen Daten in diesem Projekt, dass nur vage Formulierungen von Naturschutzzielen deren Umsetzung in Abwägung mit quantifizierten Zielen, z.B. zum Hiebssatz, erschwert.

Notwendig ist es, auch für den Bereich Waldnaturschutz quantitative Ziele festzulegen, geeignete Indikatoren auszuwählen und effiziente Monitoringverfahren einzuführen, die es erlauben, die betrieblichen Leistungen in diesem Bereich zu dokumentieren und dem betrieblichen Erfolg zurechnen. Mit der Erstellung von Balanced Scorecards und der Definition ökologischer Kriterien und Indikatoren in Baden-Württemberg und Schleswig-Holstein hat man versucht, in diese Richtung zu gehen. Auch in anderen Bundesländern wird derzeit an der Entwicklung und Einführung aussagekräftiger Indikatorensysteme gearbeitet. Die auf europäischer Ebene entwickelten Indikatoren, z. B. von Forest Europe, vgl. (Stock (hrsg.) 2004, Meyer et al. 2016), bieten dazu einen Anhalt. Ziel der Bemühungen ist es, die Wirksamkeit von Waldnaturschutzmaßnahmen zu quantifizieren und innerbetrieblich, aber auch nach außen zu dokumentieren. Hierdurch kann auch eine Basis für eine bessere Anerkennung der Naturschutzleistungen der Forstbetriebe gelegt werden, was auch einem vielfach geäußerten Wunsch der Revierleiter in den Interviews dieser Untersuchung entspricht (vgl. Abbildung 46). Für ein systematisches naturschutzfachliches Monitoring bietet es sich an, die bereits heute etablierten Inventur-/Erhebungsverfahren (z. B. Forsteinrichtung und Biotopkartierung, Artenkartierungen, Standortkartierung, FFH-Monitoring) zu nutzen, zu modifizieren oder auszubauen. Für den einzelnen Revierleiter sollte allerdings der Aufwand im Zusammenhang mit der Intensivierung eines naturschutzrelevanten Monitorings geringgehalten werden. Die RevierleiterInnen könnten im Gegenteil durch das Monitoring in ihren Dokumentationspflichten, welche von diesen oftmals als unnötige Belastung empfunden werden, entlastet werden.

Zusammenfassend lassen sich für die Umsetzung von Naturschutzzielen im Landeswald folgende Empfehlungen geben:

- Systematisierung, gegenseitige Verlinkung, Dokumentation und ggf. Vereinfachung von Regelungen. Für eine erfolgreiche betriebliche Steuerung sind u. U. neue Wege in der Informationsbereitstellung nötig, z.B. digitale Handbücher. Diese sollten einerseits die Mitarbeiter zeitnah auf den aktuellsten Stand bringen und andererseits zeitliche Entwicklungen nachvollziehbar machen.
- Formulierung von eher wenigen, aber wesentlichen und operationalen Naturschutzziele sowie deren Einbettung in die gesamtbetriebliche Steuerung (z. B. Anteil von Tot- und Altholz, Habitatbäume, Schutz von seltenen und gefährdeten Lebensräumen, Baumartenverteilung); Ziele und Umsetzung sollten auf der Ebene der Reviere im Rahmen der Forsteinrichtung konkretisiert werden.
- Ausbau der eingeführten Inventurverfahren zu einem effektiven Monitoringsystem, welches wesentliche Naturschutzindikatoren integriert und regelmäßig Informationen zu deren Entwicklung auf Ebene des Forstreviers liefert.

- Abbau von Dokumentationspflichten für Naturschutzmaßnahmen und Steuerung über Zielerreichungsgrade, die das Monitoringsystem liefert und Handlungsbedarf aufzeigt.

Schlussfolgerung 3: Die betrieblichen Ziele, Ressourcen und Abläufe müssen mit Blick auf die Erfordernisse zur Erreichung der angestrebten Naturschutzziele aufeinander abgestimmt werden.

Die Daten des FuE-Vorhabens zeigen, dass die Umsetzung von Waldnaturschutzmaßnahmen stark von den betrieblichen Rahmenbedingungen abhängt. Die bestehenden Naturschutzkonzepte der Landesforstbetriebe werden von den Revierleitern überwiegend als sinnvoll und positiv erachtet (vgl. Abbildung 40). Als Hemmnisse für die Umsetzung von Naturschutzmaßnahmen führen diese jedoch die zeitlichen und finanziellen Rahmenbedingungen an (ca. 75% der befragten Revierleiter beklagen in der repräsentativen Befragung mangelnde Zeit für Naturschutzmaßnahmen, ca. 50% sehen die wirtschaftlichen Ziele der Forstbetriebe als hinderlich für die Umsetzung von Naturschutzmaßnahmen an, vgl. Abbildung 45). Zugleich besteht laut Revierleitern Flexibilität hinsichtlich der räumlichen Anordnung der Holzeinschläge, jedoch kaum hinsichtlich der insgesamt zu erbringenden Nutzungsmassen und Liefertermine. Ein Spagat zwischen Zeitmangel, zu erbringenden Holzmengen einerseits und der Umsetzung von Naturschutzmaßnahmen andererseits wird von vielen Befragten auch in den persönlichen Interviews beschrieben.

Vor diesem Hintergrund erfordert eine effektive Umsetzung von Waldnaturschutzmaßnahmen im Vorfeld die Lösung von Zielkonflikten und daraus abgeleitet eine volle Einbettung in die Betriebsabläufe. Dabei geht es sowohl um finanzielle und personelle Ressourcen, als auch um eine Abstimmung der verschiedenen betrieblichen Maßnahmen in Zeit und Raum, und ggf. auch um eine Anpassung der Nutzungsintensitäten. Konkret werden folgende Maßnahmen empfohlen:

- Auf rechtlicher Ebene: Präzisierung der Gemeinwohlverpflichtung im Landeswald in Hinblick auf die soziale und ökologische Bedeutung des Waldes (vgl. auch Reh binder, 2017),
- Auf Ebene der Gesamtbetriebe/der Landespolitik: Analyse und Abstimmung der gesamtbetrieblichen und forstpolitischen Ziele; Identifikation, Benennung und Analyse von Zielkonflikten; Entscheidung über grundlegende Steuerungsparameter und Einbettung von Naturschutzleistungen in das gesamtbetriebliche Zielsystem und die Budgetverteilung (vgl. Borrass und Winkel, 2017),
- Auf Ebene der Forstämter/Forstreviere: Überarbeitung der Planungs- und Prozessabläufe zur besseren Ausnutzung von Synergien, unter anderem über eine bessere Abstimmung von Maßnahmenpaketen, für deren Umsetzung in Zeit und Raum eine ausreichende Flexibilität ermöglicht wird.

Schlussfolgerung 4: Die soziale Dimension von Naturschutz und Forstwirtschaft sollte ernst genommen und aktiver gestaltet werden.

Ein wichtiges Ergebnis des FuE-Vorhabens ist die Bedeutung des gesellschaftlichen Wandels für die Konzeption und praktische Umsetzung von Naturschutzmaßnahmen im Wald. Die Sicherung der biologischen Vielfalt ist heute das wichtigste naturschutzfachliche

Ziel bei der Bewirtschaftung des Waldes. Diese Gewichtung ist vor dem Hintergrund politischer, rechtlicher und gesellschaftlicher Entwicklungen plausibel. Die starke Fokussierung führt jedoch gleichzeitig auch zu einer Vernachlässigung anderer naturschutzfachlicher Ziele. So zeigt dieses FuE-Vorhaben, dass der Erholungsfunktion heute sowohl konzeptionell (in rechtlicher Konkretisierung sowie konzeptioneller Berücksichtigung in den Landesforstbetrieben) als auch in der Präferenz der Forstpraktiker (Erholung wird weniger hoch gewichtet als Naturschutz und Holzproduktion) eine nachrangige Rolle zukommt. Zugleich steht die Erholungsfunktion des Waldes aber im Fokus der Wahrnehmung durch die Bevölkerung, was auch von den Forstpraktikern bestätigt wird (vgl. Tabelle 13). Dies deckt sich auch mit verschiedenen aktuellen Studien (Arzberger et al. 2015, Kleinhüchelkotten et al. 2009, Rametsteiner et al. 2009, BfN 2009), die zeigen, dass der Wald eine maßgebliche Rolle für die Erholung der Bevölkerung spielt. So ist es auch nicht verwunderlich, dass eine signifikante Zahl der befragten RevierleiterInnen von Konflikten bei der Waldbewirtschaftung mit Waldbesuchern berichtet, die sich häufig auf Holzerntemaßnahmen beziehen. Diese Entwicklung ist nicht unkritisch zu sehen, deutet sie doch auf eine zunehmende Kluft zwischen den Bedürfnissen der Erholungs- und Erlebnissuchenden im Wald (vor allem im urbanen Raum) und der Holznutzung hin. Neben einer verbesserten Kommunikation (s. Schlussfolgerung 5) können vor allem folgende Maßnahmen helfen, diese Kluft zu überwinden:

- Differenzierte Betriebsplanungen nicht nur nach waldbaulichen, forstökonomischen und ggf. naturschutzfachlichen Kriterien, sondern auch nach sozialen Aspekten, insbesondere stärkere Berücksichtigung von Aspekten der Landschaft und Erholung in der Bewirtschaftungsplanung der Forstbetriebe, einschließlich einer stärkeren Berücksichtigung dieser Aspekte beim Waldnaturschutz, z.B. in Hinblick auf markante oder besonders alte Bäume.
- Optimierung der Waldnutzung (Holzernte, Jagd, Wegebau, Naturschutz, Erholung) in Zeit und Raum, inklusive Freiheiten für die operative Ebene, Maßnahmen im jeweiligen Kontext variabel umzusetzen.

Schlussfolgerung 5: Die Interaktion/Kommunikation der öffentlichen Forstbetriebe und – verwaltungen mit der Gesellschaft muss verbessert werden.

Aus der Analyse der Jahresberichte der Landesforstbetriebe und den Ergebnissen der Bundeswaldinventur lässt sich für die letzten Jahrzehnte eine positive Entwicklung bei wesentlichen naturschutzrelevanten Merkmalen ableiten. Bei der Berichterstattung fällt jedoch auf, dass der Umfang der naturschutzbezogenen Ausführungen eher gering ausfällt und Zusammenhänge zwischen Waldnaturschutzmaßnahmen und Ergebnisveränderungen nur selten aufgezeigt werden. In der zeitlichen Entwicklung haben sich auch die Inhalte der Berichte verschoben. Waren sie in den 1980er und teilweise noch in den 1990er Jahren stark zahlenlastig, so haben sie heute häufig den Charakter von Broschüren im Rahmen einer aufklärenden Öffentlichkeitsarbeit, in denen die Grundsätze der Waldbewirtschaftung erläutert oder Absichten der Betriebe für diese dargestellt werden. Eine Erfolgsberichterstattung wird nur teilweise vorgelegt. Dies ist problematisch, könnte doch die von den Forstpraktikern in diesem FuE-Vorhaben geforderte stärkere Anerkennung von Naturschutzleistungen der Forstbetrieb über eine präzise Darstellung der Leistungen gefördert werden. Zur gleichen Zeit weisen die Ergebnisse des FuE-Vorhabens auf Schwierigkeiten in der Interaktion der Forstbetriebe mit der Bevölkerung v.a. im urbanen

Raum hin. Diese können z.T. auf Kommunikationsproblemen und Informationsdefiziten, aber möglicherweise auch auf unterschiedliche Bewertungen und Präferenzen bezüglich der Waldfunktionen zurückgeführt werden (vgl. Tabelle 13). Beide Befunde unterstreichen die Notwendigkeit, den Bereichen Kommunikation und Interaktion zwischen öffentlichen Forstbetrieben und Gesellschaft vermehrte Aufmerksamkeit zu schenken.

Die folgenden Maßnahmen erscheinen insgesamt geeignet, hier Abhilfe zu schaffen:

- Verbesserung der Kommunikation und Transparenz der Landesforstbetriebe gegenüber der Bevölkerung, vor allem im urbanen Raum: Bereitstellung von faktenbasierten, konzeptionell hinterlegten, zielgruppenorientierten und – idealerweise zumindest in Teilen – standardisierten Berichten, die die ökologischen Leistungen der Landesforstbetriebe transparent machen. Dies würde auch dem Wunsch der Revierförster entgegenkommen, ihre Arbeit stärker publik zu machen (vgl. Abbildung 46).
- Entwicklung von fachlich orientierten Kommunikationskanälen, die über Öffentlichkeitsarbeit hinausgehen und bis hin zu einer aktiven Einbeziehung der Bevölkerung in die Maßnahmenplanung im Landeswald reichen können.

Wichtig erscheint, dass die Kommunikation in beide Richtungen von und zur Bevölkerung gestärkt wird. Zentral kann dabei aus Sicht der Landesbetriebe die Botschaft sein, dass sich mit integrativen Schutz- und Nutzungskonzepten „schöne“, strukturreiche Wälder mit stabilen bzw. ansteigenden Anteilen von Alt- und Totholz erhalten bzw. entwickeln lassen, die zugleich produktiv sind und ein reichhaltiges Lebensraumangebot bieten. In diesem Kontext könnten auch vermehrt online-basierte Informationssysteme zum Einsatz kommen, die allgemein verständliche Informationen über Waldnutzungs- und Schutzkonzepte zur Verfügung stellen. Im Rahmen der Forsteinrichtung sollte darüber nachgedacht werden, auch sozialwissenschaftliche Daten zu den Präferenzen der lokalen Bevölkerung zu integrieren, und ggf. Partizipationsmöglichkeiten für die Bevölkerung zu eröffnen. Hierbei kann eine innovative Nutzung digitaler Formate künftig eine Schlüsselrolle spielen.

Schlussfolgerung 6: Landesforstbetriebe und –verwaltungen sollten Waldnaturschutz als Kernaufgabe proaktiv anbieten.

Dieses FuE-Vorhaben hat gezeigt, dass viele Instrumente und Programme des Naturschutzes in den Landeswäldern erst in Reaktion auf gesellschaftlichen, politischen oder rechtlichen Druck entstanden sind. Dabei stand oft die Intention im Vordergrund, das „Heft des Handelns“ im Wald in der Hand zu behalten. Oftmals wurden Aktivitäten jedoch erst als Antwort auf Veränderungen im Umfeld der staatlichen Forstbetriebe entwickelt, und nicht primär aus den Betrieben und Verwaltungen heraus initiiert. Wesentliche Einflussfaktoren waren dabei die EU-Naturschutzpolitik und ihre nationale Umsetzung (Natura 2000 und Artenschutz), der Druck von Naturschutzakteuren in Verbindung mit einer politischen Unterstützung durch Bundes- und Landespolitik (Biodiversitätsstrategien, Koalitionsvereinbarungen) ebenso wie eine generelle Unterstützung für Naturschutz in der immer stärker urban geprägten Bevölkerung (vgl. Kapitel 5). Zwar wurde genau aus dieser Situation heraus das programmatische Grundgerüst für den Naturschutz in den Landeswäldern geschaffen. Gleichwohl bildet der überwiegend reaktive Charakter des Naturschutzhandelns auch eine deutliche Hypothek. Öffentliche Forstbetriebe und –verwaltungen stehen dabei vor dem Problem, dass sie ihrem multifunktionalen

Bewirtschaftungsauftrag folgend einen Kompromiss zwischen mehreren, grundsätzlich gleichrangigen Hauptzielen finden müssen. Dabei vermitteln sie oftmals den Eindruck, dass sie erst unter politischen und gesellschaftlichen Druck gesetzt werden müssen, um Naturschutzziele umzusetzen (vgl. Kapitel 5). Hiermit wird eine Situation anhaltender Kontroverse und somit letztlich auch ein unsicheres soziopolitisches Handlungsumfeld für die öffentlichen Betriebe perpetuiert. In den Betrieben dürften Maßnahmen, die als „extern aufgezwungen“ empfunden werden, generell weniger Akzeptanz und Unterstützung finden, als Konzepte, die Betriebe und Verwaltungen aus sich selbst heraus entwickelt haben. Vor diesem Hintergrund wird angeregt, dass die Landesforstbetriebe und –verwaltungen in Deutschland für die Zukunft eine proaktivere Strategie für ihr multifunktionales Handeln verfolgen sollten. Dabei sollte der Waldnaturschutz als eine der zentralen Kernaufgaben nachhaltiger Nutzung des Waldes verstanden, herausgestellt und der Gesellschaft/Politik angeboten werden. Dies könnte sich nicht nur auf die Motivation des eigenen Personals positiv auswirken, es würde die öffentliche Forstwirtschaft auch insgesamt besser im gesellschaftlichen Kontext positionieren. Folgende Maßnahmen können hier (zusätzlich zu den bereits unter den anderen Punkten skizzierten) im Vordergrund stehen:

- Aktives Anbieten von wirksamen Naturschutzleistungen aus dem breiten Spektrum der integrativen und segregativen Elemente (Methusalem-Bäume, Habitatbaum-Gruppen, Naturwälder, lichter Wälder, Förderung seltener Arten etc.) des Waldnaturschutzes an die Politik, Gesellschaft und auch Unternehmen sowie private Sponsoren.
- Strategische Allianzen mit Naturschutzakteuren sowie öffentlichen wie privaten Partnern (z.B. Städte, große Unternehmen) mit dem Ziel der langfristigen Bereitstellung von besonderen Naturschutzmaßnahmen im öffentlichen Wald.
- Aushandlung von langfristig wirksamen Schutz- und Nutzungskonzepten für naturschutzfachlich wertvolle Waldtypen, die dann von den Landesforstbetrieben umgesetzt und von der Politik mit entsprechenden Finanzausgaben gedeckt werden.

Von zentraler Bedeutung dürfte es sein, dass es den öffentlichen Forstbetrieben besser gelingt, der Gesellschaft zu vermitteln, dass sie bei unterschiedlichen Ansprüchen an den Wald, Naturschutzaspekten angemessen Rechnung tragen, indem sie ein besonderes Augenmerk auf das besonders Schutzwürdige und die Wirksamkeit ihrer Maßnahmen legen. Die öffentlichen Forstbetriebe sollten sich nicht als Getriebene verstehen, die nur so viel tun, wie sie unbedingt müssen. Vielmehr sollten sie als aktiver und innovativer Anbieter diverser Ökosystemleistungen aus dem Wald für die Gesellschaft, im Sinne einer Optimierung von Nachfrage und Angebot, auftreten. Integrative Schutz-, Nutzungs- und Erholungskonzepte sind keine Bürde, sondern die Grundlage, um den anspruchsvollen multifunktionalen Auftrag der Landesforstbetriebe in unserer Kulturlandschaft zu erfüllen. In der strategischen Aufbereitung und Ausrichtung, der Umsetzung und dem Monitoring, in der Zusammenarbeit mit dem amtlichen und ehrenamtlichen Naturschutz sowie in der Kommunikation und der Öffentlichkeitsarbeit gibt es noch Einiges zu tun. Diese Studie hat aber auch gezeigt, dass nicht nur einige wesentliche Grundvoraussetzungen dafür in den Betrieben gegeben sind, sondern auch seit mehreren Jahrzehnten Schritte in die Richtung einer proaktiven Waldnaturschutzstrategie durch die Landesforstbetriebe gegangen wurden, sei es im Rahmen der naturnahen Waldbauprogramme der 1990er Jahre oder der jüngeren Konzepte für eine Erweiterung der Flächenkulisse von Wäldern mit natürlicher Entwicklung.